

schrieben hat und dem Thema seit 2003 und besonders in der ersten Jahreshälfte 2004 in den staatlichen Medien große Prominenz geschenkt wurde. Seit dem offiziellen Verbot des Buches zirkulierten auf dem heimischen Markt nur noch Raubkopien des Buches, von dem inzwischen rund 7 Mio. Exemplare verkauft worden sein sollen (C.a., 2004/7, Ü 9).

Der „Lettre Ulysses“-Preis für Reportageliteratur wurde im Jahr 2003 von dem Kulturmagazin *Lettre Internationale* in Kooperation mit der Aventis-Stiftung und dem deutschen Goethe-Institut ins Leben gerufen. Die internationale Auszeichnung soll jährlich vergeben werden, um die internationale Aufmerksamkeit auf hervorragende Werke der Reportageliteratur zu lenken. Die elfköpfige Jury (darunter Zhao Xinshan aus China) hatte sich für die Verleihung des ersten Preises an Chen Guidi und seine Frau Wu Chuntao entschieden, weil ihr Buch „sehr bedeutsam“ sei und „aus einem Land stammt, wo die Tradition der Reportageliteratur aus offensichtlichen Gründen mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat“, so Isabel Hilton, britisches Mitglied der Jury. Ihren eigenen Angaben nach erfuhren die beiden Autoren erst während des Festakts selbst von der Auszeichnung ihres Buches. Auszüge der für die Preisverleihung nominierten Werke finden sich in deutscher Übersetzung in der Zeitschrift *Lettre Internationale*, Ausgabe No.66. (www.lettre-ulysses-award.org; SZ, 2.10.04; ST, 4.10.04) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

20 Ministerien mit Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen zufrieden

Vertreter der mit der Unterbringung der Hochschulabsolventen befassten Ministerien und Organisationen (Erziehungs-, Personal- und Arbeitsministerium sowie Kommunistische Jugendliga) zeigten sich Korrespondenten der *Volkszeitung* gegenüber zufrieden mit den bis zum 1. September erreichten Ergebnissen. Bis zu die-

sem Datum hatten 73% der diesjährigen Absolventen öffentlicher tertiärer Bildungseinrichtungen eine Anstellung gefunden, 3% mehr als im Vorjahr. Im Einzelnen hatten reguläre Absolventen (*undergraduate*) zu 84% Erfolg, Postgraduierte zu 93% und Absolventen höherer Berufs- und Fachschulen zu 61% – bei Letzteren lag die Beschäftigungsrate immerhin 6% höher als im Vorjahr. Dabei war insgesamt die Anzahl der Absolventen gegenüber 2003 um 680.000 oder um 32% auf 2,8 Mio. angewachsen.

Die Stadt Shanghai konnte noch größere Erfolge vermelden. Hier hatten bis zum 1. September 90,52% der Absolventen eine Anstellung gefunden, darunter Postgraduierte zu 96%, reguläre Absolventen zu 93,25% und Absolventen von Berufs- und Fachhochschulen zu 85,27%. Einzig bei den Postgraduierten blieb die Zahl unter der des Vorjahres.

Als Gründe für die erfolgreichere Unterbringung der Absolventen wurden entsprechende Beschlüsse der Ministerien und vereinte Anstrengungen auf allen Ebenen genannt. So richteten 30 Provinzen, Bezirke und Städte Koordinationsmechanismen und Berichtssysteme ein, mit dem Ziel, den Prozess der Jobsuche und -findung möglichst in eine Hand zu geben.

Zufrieden zeigten sich die Verantwortlichen auch mit dem Ergebnis ihrer Bemühungen, die Absolventen zum freiwilligen Dienst „an der Basis“ in den Westprovinzen zu bewegen. Hier haben sich 6.212 neue Freiwillige gefunden, sodass die Gesamtzahl um über 4.000 auf 10.000 stieg. Bei diesem Dienst geht es vor allem um die Unterstützung armer Regionen im Bildungs-, Gesundheits- und Agrarbereich. (RMRB, 29.9.04; GMRB, 20.10.04) -gs-

21 China sieht sich als Nummer Eins im Hochschulbereich

Für das laufende Jahr 2004 meldete die Beijinger *Volkszeitung*, dass sich insgesamt 19% aus der Altersgruppe der 18- bis 22-Jährigen an Hochschulen in China eingeschrieben haben. Mit dieser Bruttoreate der Hochschulzulassungen (*gross university entrance rate*), die in den letzten Jahren jährlich um 2% gestiegen sei, habe

man nun die USA überholt und sei zur Nummer Eins weltweit geworden.

Im Jahre 2004 haben die chinesischen Hochschulen 4,2 Mio. neue Studenten aufgenommen, 400.000 mehr gegenüber 2003; damit erreichten 50% der Teilnehmer an den Aufnahmeprüfungen eine Zulassung. Mit insgesamt über 20 Mio. Chinesen, die an tertiären Bildungseinrichtungen studieren, bleibt China allerdings nach Aussage des Erziehungsministers Zhou Ji bei der Bildungsbeteiligung an Hochschulen (*enrollment rate at universities*) noch hinter den USA, Russland und Japan zurück. Für 2010 strebe man hier eine Rate von 23% an. Der Minister kündigte anlässlich der Eröffnung des ersten Hochschul-Evaluationszentrums weiter an, dass man zusätzlich zu der seit 1994 erfolgenden qualitativen Beurteilung der Hochschulen nun auch Prozessdaten erheben wolle wie z.B. die Beschäftigungsrate von Hochschulabsolventen. Zum Ranking der Hochschulen erklärte er, dass bis Ende 2003 296 evaluiert worden seien, von denen 16 „excellent“ und 192 „qualified“ beurteilt wurden.

Als Zeichen der Anerkennung für das chinesische Hochschulwesen wertete das Bildungsministerium auch die gestiegene Zahl ausländischer Studenten, von denen sich 2004 wahrscheinlich 86.000 einschreiben werden; die meisten davon kommen aus anderen asiatischen Ländern. Vor 20 Jahren habe es nur 8.000 ausländische Studenten in China gegeben. (ST, 4.10.04; XNA, 26.10.04; RMRB, 28.10.04) -gs-

22 Förderung armer Studenten

In einem ausführlichen Interview mit der *Guangming Ribao* (16.09.04) nahm der stellvertretende Bildungsminister zur Förderung armer Studenten Stellung. Seit 1999 entwickle sich das Hochschulwesen in rasantem Tempo. Ende 2003 seien 12 Mio. Studenten an öffentlichen Hochschulen eingeschrieben, darunter 650.000 Postgraduierte. Nach den Neuaufnahmen im Herbst 2004 seien es sogar 13,5 Mio. Studenten einschließlich 800.000 Postgraduierte. Mit der Ausweitung der Immatrikulationen habe aber auch die Zahl der armen Studenten zugenommen. Eine Untersuchung habe ergeben, dass Ende 2003 rund 20% aller

Studenten an öffentlichen Hochschulen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewesen seien, ca. 2,4 Mio. Die Zahl derer, die besonders große wirtschaftliche Probleme hatten, lag dabei bei 5-10%, also zwischen 600.000 und 1,2 Mio. Studenten.

Um diesen Studenten zu helfen, haben Partei und Regierung seit den 1980er Jahren verschiedene Mechanismen errichtet. Erstens wurde ein Stipendensystem geschaffen: 2003 wurden Stipendien im Gesamtwert von 3,3 Mrd. RMB Yuan an insgesamt 4,5 Mio. Studenten vergeben. Zweitens gibt es dreierlei Förderdarlehen: Ende Juni 2004 erhielten 830.000 Studenten staatliche Darlehen in einer Gesamthöhe von 5,2 Mrd. Yuan, 230.000 Studenten bekamen zinslose Darlehen seitens der Hochschulen in Höhe von 600 Mio. Yuan und die gewerblichen Darlehen beliefen sich auf insgesamt 2,1 Mrd. Yuan. Drittens gibt es das Angebot bezahlter studentischer Hilfskrafttätigkeiten in Lehre, Forschung und Verwaltung: 2003 finanzierten so 1,5 Mio. Studenten ihr Studium. Viertens gibt es seitens der Regierungen und Hochschulen befristete und einmalige Zuschüsse bei besonderen finanziellen Problemen: Sie beliefen sich 2003 insgesamt auf 400 Mio. Yuan, 900.000 Studenten nahmen sie in Anspruch; Anfang 2004 beschloss der Staatsrat jedem Studenten aus der Gruppe der 5% finanziell besonders Benachteiligten zunächst für ein Jahr 4 Yuan pro Tag als Verpflegungszuschuss zu zahlen – insgesamt ergibt das 700 Mio. Yuan für das laufende Jahr. Fünftens gibt es die Möglichkeit zur Ermäßigung oder zum Erlass der Studiengebühren: Bei 200.000 Studenten, die davon profitierten, belief sich die Gesamtsumme der Ermäßigungen auf 400 Mio. Yuan. Sechstens gab es Förderung durch Erleichterung der Prozeduren: Das Erziehungsministerium hat die Hochschulen angewiesen, armen Studenten nach deren Aufnahme bei der Beantragung von finanzieller Unterstützung im Sinne einer „grünen Welle“ (*lüse tongdao*) zu helfen; 280.000 Studenten kamen in den Genuss dieser Förderung. Siebentens schließlich können die Hochschulen einen Teil der Studiengebühren zur Förderung wirtschaftlich schwacher Studenten nutzen, und zwar nach einer Mitteilung des Bildungs- und des

Finanzministeriums bis zu 10% der Gebührensumme. Darüber hinaus haben die Lokalregierungen z.T. noch eigene Maßnahmen ergriffen.

Einen anderen Weg der Hilfe geht die chinesische Regierung mit der Unterstützung für den Aufbau von Hochschulen in den wirtschaftlich weniger entwickelten Provinzen Zentral- und Westchinas. So wurde im September vom Bildungsministerium und der Regierung der autonomen Region Tibet ein Abkommen zur Errichtung einer Hochschule unterzeichnet; ähnliche Abkommen gibt es bereits für Hochschulen in Xinjiang, der Inneren Mongolei, Guangxi und Yunnan. (GMRB, 8.10.04) -gs-

23 Projekt Hoffnung

Das Projekt Hoffnung sammelt seit dem 30.10.1989 unter der Leitung der China Youth Development Foundation Spenden, um Kindern aus armen Familien zu helfen, ihre Grundschulbildung (6 Jahre) zu vollenden. Im Laufe dieser 15 Jahre, so berichtete der stellvertretende Generalsekretär der Stiftung im Oktober, seien Spenden von insgesamt 2,5 Mrd. Yuan (302 Mio. US\$) aus dem In- und Ausland eingegangen, mit denen 11.266 „Hoffnungs“-Schulen gebaut wurden und 2,6 Mio. Schülern der Schulbesuch ermöglicht werden konnte. 80% der Empfänger leben in den Gebieten Zentral- und Westchinas; von 100 Schulen im ländlichen Raum sind durchschnittlich 2,5 „Hoffnungs“-Schulen. Derzeit plant die Stiftung, 15.000 Schülern aus ländlichen Migrantenfamilien in 27 Großstädten wie Beijing, Shanghai u.a. das zweite Schulhalbjahr 2004 zu finanzieren.

Das Projekt spiegelt die Probleme wider, in den weniger entwickelten Gebieten die 9-jährige Pflichtschule durchzusetzen, wenn es auch Fortschritte gibt. So sollen sich z.B. im autonomen Gebiet der Uiguren in der Provinz Xinjiang die Bedingungen in den letzten fünf Jahren deutlich (um 10%) verbessert haben; dort besuchen jetzt 97,3% der Kinder im schulpflichtigen Alter eine Schule. Es zeigt weiterhin, dass trotz Erfolgen manchen Bevölkerungsgruppen aber weiterhin ihr Recht auf Bildung vorenthalten bleibt. So sind in armen Gebieten z.B.

vor allem Mädchen von Bildung ausgeschlossen: 80% aller Schulabbrecher dort sind Mädchen. Die Asian Development Bank hat beschlossen, mit einer technischen Hilfe von 500.000 US\$ die Einführung der 9-jährigen Pflichtschule zu unterstützen. (XNA, 12., 13., 30.10.04; RMRB, 17.10.04) -gs-

24 Fast alle Chinesen empfangen Radio

93,56% aller Chinesen sind in der Lage, Radio zu empfangen, verkündete die staatliche Radio-, Film- und Fernsehanstalt anlässlich der Eröffnung eines dreitägigen Forums zur Radioentwicklung, zu dem über 200 Delegierte aus dem In- und Ausland in Beijing zusammenkamen. Gegenüber dem Vorjahr habe man die Deckungsrate noch einmal um 0,22% steigern können. Derzeit gebe es damit in China ca. 500 Mio. Radiogeräte mit über 1,2 Mrd. Hörern. 1.498 Radiostationen senden mit einer täglichen Sendezeit von 24.503 Stunden 1.868 Programme aus. (XNA, 25.10.04) -gs-

25 Mehr Rechte für Migranten in Beijing

Die Beijinger Stadtregierung hat mit der Regierung der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang ein Abkommen geschlossen, dass den von dort kommenden Arbeitsmigranten mehr Rechte sichern soll, vor allem bessere Arbeitsbedingungen und die rechtzeitige Auszahlung ihrer Löhne. Dieses Abkommen ist das erste seiner Art und manche Arbeitsrechtsexperten erwarten, dass weitere Provinzen dem Beispiel folgen werden. Andere wiederum verweisen darauf, dass es bereits ausreichend rechtliche Bestimmung gibt, das Problem liege vielmehr in deren fehlender Umsetzung.

Hintergrund des Abkommens sind zum einen die erheblichen Probleme mit ausstehenden Löhnen, zum anderen ein gestiegener Bedarf an billigen Arbeitskräften in Beijing. Die Singapurische *Straits Times* nannte im Oktober unter Berufung auf chinesische Regierungsquellen einmal die Summe von 15 Mio. US\$ (124 Mio. Yuan), ein anderes Mal sogar 360 Mio. Yuan (43,5 Mio. US\$), die den Arbeitsmigranten in China an Löhnen vorent-

halten würden. Insgesamt 70% aller Arbeitsmigranten haben danach keine oder nicht ihre vollen Löhne erhalten, wobei diese wohl nicht nur von den Unternehmen, sondern auch von Vorarbeitern und Vermittlern vorenthalten werden. Diese Situation, die immer wieder auch zu persönlichen Dramen wie Selbstmorden führt, wird auch für den neu aufgetretenen Arbeitskräftemangel im Billiglohnssektor im Süden Chinas mit verantwortlich gemacht. Angesichts der Arbeitsbedingungen und fehlender Rechte sei es bei zugleich gestiegenen Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum kein Wunder, dass Bauern vom Abwandern in die Städte Abstand nehmen. Ein anderer Grund wird in der Ein-Kind-Politik gesehen, die z.B. die Zahl der jungen Mädchen zwischen 15 und 24 Jahren, die typische Gruppe für die *factory girls* oder *dagongmei* in Südchina, in den letzten 15 Jahren um 10 Mio. hat abnehmen lassen.

In Beijing fehlen derzeit 50.000 billige Arbeitskräfte in den Bereichen Bauwesen, Sicherheit, Haushaltshilfe und Hotelgewerbe, ein Mangel, der in den nächsten vier Jahren angesichts des Baubooms für die Olympischen Spiele eher noch zunehmen wird. Insgesamt halten sich rund drei Millionen ländliche Arbeitskräfte in der Stadt auf, davon 120.000 aus Heilongjiang. Jährlich kommen 70.000 Bauarbeiter aus der Nordost-Provinz nach Beijing, weitere 52.000 Jobs sollen für die Bauern dort angeboten werden. (ST, 16., 23., 27.10.04) -gs-

26 Wohlhabende Beijinger

Wie stark sich das Lebensniveau für die Bewohner Beijings (sowohl der städtischen als auch der ländlichen Gebiete) verbessert hat, zeigen einige Zahlen, die die Nachrichtenagentur Xinhua im Oktober veröffentlichte. Danach sank der Engels-Koeffizient, der den Anteil für Lebensmittel an den Gesamtausgaben eines Haushalts angibt, für die genannte Bevölkerungsgruppe seit 1949 auf 31,7%. Die FAO geht davon aus, dass ein Koeffizient über 59% für absolute Armut steht, während 30-40% einen „well-to-do“-Lebensstandard anzeigen; bei unter 30% spricht sie von einem „wohlhabenden“ Leben. Den Xinhua-Anga-

ben zufolge stieg das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der Beijinger von 1978 bis 2003 von umgerechnet 44,02 US\$ (365,4 RMB Yuan) auf 1.672,6 US\$ (13.882,6 Yuan), preisbereinigt ein Anstieg um 500%. Zugleich sind die wohlhabenden Beijinger – im Vergleich mit Hochverdienern in anderen chinesischen Großstädten – konservativ, was die Anlagemöglichkeiten anbetrifft: Sie bevorzugen Spareinlagen.

Diese Verbesserung des Lebensstandards drücke sich, so ein Sprecher des Beijinger Statistikbüros auch darin aus, dass aus der „Stadt der Fahrräder“ eine „Gesellschaft von Autos“ geworden sei. Im Jahr 2003 stieg die Zahl der Kraftfahrzeuge in Beijing auf über eine Million, darunter 656.000 private. Seit Anfang 2004 seien durchschnittlich monatlich weitere 38.000 Autos verkauft worden. Allerdings gebe es auch Menschen, die an diesem Wohlstand nicht teilhaben. 2003 erhielten 161.000 Menschen im Stadtgebiet und 67.000 in den Vororten Sozialhilfe. (XNA, 7.10.04; ST, 23.10.04) -gs-

27 Trauriger Rekord bei Verkehrstoten

Die Zahl der jährlichen Verkehrstoten in China ist in den letzten Jahren beängstigend gestiegen. Für 2003 geben die offiziellen Zahlen 104.000 Menschen an, die bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen. Dies entsprach 15% aller Verkehrstoten in der Welt (wobei China ca. 21% der Weltbevölkerung stellt). Für die ersten drei Quartale 2004 wurden bereits 77.664 Unfalltote gemeldet, ein Anstieg um 1.772 oder 2,3% gegenüber dem Vorjahr. Dabei nahm die Zahl der Unfälle nach Angaben der Verkehrspolizei sogar um 24,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 384.381 ab. Bei diesen kamen (zusätzlich zu den Toten) 347.351 Menschen zu Schaden und es entstand ein materieller Schaden von umgerechnet ca. 240 Mio. US\$. Die Weltgesundheitsorganisation geht allerdings von noch höheren Zahlen aus, da sie sich nicht allein auf Zahlen des Büros für Öffentliche Sicherheit stützt: Schon für 2002 geht sie von rund 250.000 Verkehrstoten und 16 Mio. Verletzten aus und für 2004 berechnete sie 680 Tote und 45.000

Verletzte pro Tag auf Chinas Straßen. Ohne drastische Maßnahmen, wie z.B. landesweite Verkehrserziehung, könnte die Zahl bis zum Jahr 2020 auf eine halbe Million Verkehrstote pro Jahr oder 1.300 pro Tag steigen.

Als Ursache wird neben der fehlenden Verkehrserziehung vor allem die Zunahme der Führerscheine und Fahrzeuge auf den Straßen gesehen. Allein im Jahre 2003 erhielten 11 Mio. Chinesen neu eine Fahrerlaubnis, ein Anstieg von 12,4% gegenüber dem Vorjahr. Autofahrer sind denn auch die Hauptverursacher von Unfällen, Fußgänger und Radfahrer allerdings die Hauptopfer; und vor allem die Unfälle von Fähranfängern steigen überproportional.

China ist jedoch nicht nur bei Verkehrsunfällen trauriger Rekordhalter, generell weist das Land bei Unfällen mit die höchsten Raten in der Welt auf: In den ersten drei Quartalen 2004 starben bei Unfällen 98.809 Chinesen, 11 pro Stunde. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl leicht um 0,25%. Neben den genannten Verkehrsunfällen starben 6.117 Menschen bei Eisenbahnunfällen und 4.153 bei Bergwerksunfällen. Erst am 20. Oktober starben in der Provinz Henan mindestens 141 Menschen bei einem Grubenunglück. (SCMP, 11., 21.10.04; XNA, 18., 27.10.04; NZZ, 8.10.04) -gs-

28 China will AIDS-Infizierte aufspüren

Das Gesundheitsministerium hat am 13. Oktober Provinzen und Städte angewiesen, alle Personen aufzuspiüren, die durch Blutverkäufe mit HIV infiziert wurden, um so erstmals das ganze Ausmaß der Epidemie in China erfassen zu können. Alle Lokalregierungen sollen bis zum 15. April 2005 entsprechende Berichte vorlegen. Damit machte die Regierung erneut deutlich, dass sie mit dem Besuch von Ministerpräsident Wen Jiabao von AIDS-Kranken in einem Beijinger Krankenhaus im Dezember 2003 tatsächlich ihre Haltung zur Krankheit und deren Bekämpfung geändert hat. Schon im Jahre 2001 wurden die Regierungsausgaben zur AIDS-Bekämpfung und -Vorsorge von 15 Mio. auf 100 Mio. Yuan gesteigert; 2003 stiegen sie weiter auf 390 Mio. Yuan (47 Mio. US\$).

Allerdings erst jetzt wurde auch die große Zahl der durch illegale Blutgeschäfte Erkrankten anerkannt.

Vor allem Mitte der 1990er Jahre hatten sich viele Bauern, vor allem in armen Gebieten Chinas, durch Blutverkäufe mit dem Virus infiziert. Die Verkäufer hatten in Plasmasammelstellen die Blutkonserven gemischt, ihnen das Plasma entzogen und das Blut den Bauern wieder injiziert, damit diese bald wieder spenden könnten. Amtliche Schätzungen gehen davon aus, dass 20% der 840.000 offiziell HIV-Infizierten durch unsaubere und häufig illegale Blutgeschäfte krank wurden. Allein in der Provinz Henan, die auch am stärksten betroffen ist, sollen rund eine Million Menschen ihr Blut verkauft haben, hier sind ca. 25.000 Infiziert. Die jetzt angeordnete Untersuchung soll weitere Aufklärung bringen, da man davon ausgeht, dass bei 1.995 Infizierten jetzt die Symptome am deutlichsten sind.

Der Blutskandal in Henan ist vor allem durch das Eingreifen mutiger Ärzte und einzelner AIDS-Aktivisten bekannt geworden, die bis heute mit Verfolgung rechnen müssen. Der damalige Parteivorsitzende der Provinz Li Changchun ist heute Mitglied des Politbüros, ein Interesse, die Verwicklung von Parteifunktionären in die illegalen und profitablen Blutgeschäfte aufzuklären, besteht nach wie vor nicht.

Chinesische Fachleute gehen davon aus, dass 95% der HIV-Infizierten nichts von ihrer Krankheit wissen. Insofern ist auch die Ausweitung der öffentlichen Aufklärung zu begrüßen. Programme für Drogenabhängige versuchen ebenfalls, die Ausbreitung der Epidemie einzudämmen, zumal die rund 500.000 registrierten *intravenous drug users* (IDUs) 60% der HIV-Kranken stellen. Eine weitere besonders betroffene Gruppe sind Angehörige nationaler Minderheiten in meist abgelegenen Regionen; die nationalen Minderheiten stellen 10% der chinesischen Bevölkerung, aber 36% der HIV-Infizierten.

Kofi Annan lobte vor Studenten der Qinghua-Universität die Anstrengungen der chinesischen Regierung in der AIDS-Bekämpfung; dennoch ist die Gefahr längst nicht gebannt, dass die Zahl der Infizierten auf 10-20 Mio. Menschen im Jahre 2010 steigen könn-

te, wie die UNAIDS warnt. (XNA, 4., 12.10.04; FAZ, 14.10.04; ST, 15.10.04; SCMP, 12., 15., 21., 23.10.04; IHT, 15.10.04) -gs-

29 Diskussion um Änderung der Ein-Kind-Politik

Angesichts der drohenden Überalterung der chinesischen Bevölkerung und eines wachsenden Ungleichgewichts zwischen männlichen und weiblichen Neugeborenen hat eine Expertengruppe der chinesischen Regierung eine Änderung der Ein-Kind-Politik in eine Zwei-Kind-Politik vorgeschlagen, wie das *Wall Street Journal* berichtete. Andere sehen in der Lockerung der Familienpolitik allerdings eine Gefährdung des erreichten Wohlstandes; denn mit Hilfe der Ein-Kind-Politik sei es der chinesischen Regierung seit den 1980er Jahren gelungen, das Wachstum der Bevölkerung zu verlangsamen, was u.a. mit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beigetragen habe. Dem halten die Befürworter der Änderung entgegen, dass es in weiten Teilen der Bevölkerung bereits möglich sei, zwei Kinder zu haben – z.B. wenn Paare auf dem Lande als erstes Kind ein Mädchen bekommen haben oder bei Partnern, die beide aus einer Ein-Kind-Familie stammen. Dies hieße, dass eine Zwei-Kind-Politik die mit 1,3 Mrd. Menschen bereits größte Bevölkerung der Welt nicht wirklich explodieren lassen würde.

Hintergrund der Reformüberlegungen sind schlichte demographische Probleme (vgl. C.a., 9/2004, Ü 18; einen guten Überblick gibt Nancy E. Riley: „China's Population: New Trends and Challenges“, *Population Bulletin*, 59 [2004] 2). Nach bisherigen Schätzungen, so erklärte Zhang Weiqing, der Leiter der Staatlichen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung, wird die chinesische Bevölkerung im Jahre 2035 mit 1,46 Mrd. Menschen ihr Maximum erreichen. Werden alle negativen Einflüsse einberechnet, so Yu Xuejun, Abteilungsleiter in der gleichen Behörde, dann könne man mit einem Maximum von 1,6 Mrd. im Jahre 2055 rechnen – und wenn jede Familie zwei Kinder hätte, dann würde man diese Größe schon zehn Jahre vorher erreichen. Ausschlaggebend für die jetzige Diskussion sind

jedoch die Anzeichen für eine drohende Vergreisung der chinesischen Bevölkerung. Bereits jetzt sind 11% der Bevölkerung über 60 Jahre alt; bleibt es bei der derzeit niedrigen Geburtenrate, dann dürften die über 60-Jährigen im Jahre 2040 28% der Bevölkerung stellen. Dies bedeutet für die gerade erst im Aufbau befindlichen Sozialsysteme eine erhebliche Belastung, da z.B. immer weniger Beschäftigte immer mehr Rentner werden finanzieren müssen; und das, wo die Sicherungssysteme bisher nur die städtische Bevölkerung einschließen, aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die auf dem Lande lebt.

Ein weiteres Problem ist der drohende Männerüberschuss. Die Geburtenpolitik hat in Verbindung mit der Präferenz für Jungen dazu geführt, dass bereits im Jahre 2000 in China auf 100 Mädchen 117 Jungen geboren wurden, während der weltweite Durchschnitt bei 105 zu 100 liegt. Damit gab es in der Altersgruppe der unter 15-Jährigen ca. 18,8 Mio. mehr Jungen. Im Jahre 2020, so befürchten Regierungsmitarbeiter, könnte es 40 Mio. Männer geben, die keine Frau mehr finden können. Dass dies eine Ursache für soziale Unruhe sein könnte, hat Präsident Hu Jintao in einer weit verbreiteten Rede im März deutlich gemacht.

Verschiedene aktuelle Meldungen zum Babyschmuggel wiesen ebenfalls auf den unmittelbaren Zusammenhang zur Familienplanungspolitik hin. Die Begrenzung auf ein Kind verleitet einige Eltern zum Kauf von Babys, der – als adoptiert registriert – keine Strafgeldgebühren nach sich zieht. Die Regierung versucht diesen Schmuggel durch die Einführung neuer Geburtszertifikate mit Barcodes ab 1. Dezember zu unterbinden.

Die Familienplanungspolitik war schon immer unbeliebt und wurde besonders auf dem Lande bekämpft. Daraufhin hat es dort und für die nationalen Minderheiten verschiedentlich Anpassungen gegeben. Erst kürzlich stoppte auch die Stadt Shanghai die Auszahlung von Prämien für Ein-Kind-Familien, was die Anträge auf ein zweites Kind steigen ließ. Zur Unpopularität der Familienplanungspolitik hat allerdings auch Missbrauch seitens der lokalen Beamten beigetragen, u.a. wenn Kader die Auferlegung von

Strafen bei unrechtmäßigen Kindern zur eigenen Bereicherung nutzen. Die internationale Kritik hob vor allem erzwungene Abtreibungen, Sterilisationen und Kindestötungen hervor.

Um die anstehenden Probleme zu evaluieren und Lösungswege vorzuschlagen, hat die Regierung eine Taskforce mit über 250 Experten eingerichtet, die die Bevölkerungsentwicklung und mögliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung untersuchen soll. Bekannt gewordene Einzelheiten zeigen, dass die jetzige Diskussion über bloße Anpassungen hinausgeht. So wurde z.B. als eine mögliche neue Politik genannt, dass ab 2010 Frauen ab 35 Jahren ein zweites Kind haben dürften; mit jedem weiteren Jahr könnte dieses Mindestalter um ein Jahr gesenkt werden. Ein anderer Vorschlag zielt auf die Errichtung von Sonderzonen der Geburtenpolitik, in denen man die Zwei-Kind-Politik zunächst ausprobieren könnte, ehe sie auf das ganze Land übertragen werden.

Ob eine Lockerung tatsächlich das Bevölkerungswachstum wesentlich verstärkt, ist nicht eindeutig klar. Experten verweisen darauf, dass inzwischen mehr Faktoren für die Bevölkerungsentwicklung von Bedeutung sind. So ist in den wirtschaftlich entwickelteren Gebieten die Fruchtbarkeit aufgrund einer Vielzahl von Faktoren gesunken, darunter vor allem sozioökonomische wie Bildungsstandard von Frauen, Familieneinkommen, Heiratsverhalten oder die veränderte Rolle der Frauen in Familie und Beruf. Und auch auf dem Lande hat die immer umfangreichere Migration in die Städte den Wunsch nach Kindern gedämpft. Im Jahre 2001 gebar jede Frau auf dem Lande im Durchschnitt 1,98 Kinder, in der Stadt 1,22. Computersimulationen sagen auch bei einer Zwei-Kind-Politik voraus, dass die Durchschnittsfamilie weniger als zwei Kinder haben wird. (WSJ, 4., 25.10.04; HB, 5.10.04; ST, 5.10.04; NZZ, 19.10.04; RMRB, 19.10.04, nach BBC PF, 20.10.04; XNA, 7., 20.10.04) -gs-

Außenwirtschaft

30 Frankreich will Marktposition in China ausbauen

Der fünftägige Staatsbesuch von Ministerpräsident Jacques Chirac in China Anfang Oktober d.J. diente neben der Intensivierung der politischen Beziehungen vor allem dem Ausbau der Wirtschaftskontakte. Begleitet wurde Chirac von einer 52-köpfigen Wirtschaftsdelegation, die aus Vertretern der französischen Unternehmen unterschiedlicher Branchen bestand.

Im Verlauf der Reise wurden 20 Abkommen und Verträge unterzeichnet, davon mehrere bilaterale Vereinbarungen auf Regierungsebene. Zu den wichtigsten Sektoren der Zusammenarbeit zählen die zivile Nutzung der Atomenergie, der Transportsektor, insbesondere der Eisenbahn- und Luftfahrtsektor, Hightech-Industrien, Landwirtschaft, Umweltschutz, Automobilsektor und Dienstleistungen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurden die abgeschlossenen Vereinbarungen auf Regierungsebene in folgenden Bereichen aufgeführt (BBC PF, 10.10.04):

- Verhinderung und Kontrolle von neuen Infektionskrankheiten.
- Informationstechnologie.
- Förderung des „Clean Development Mechanism under Article 12 of the Kyoto Protocol“.
- Vereinbarung zwischen dem chinesischen Eisenbahnministerium und dem französischen Ministerium für Ausrüstungen, Transport, Tourismus und maritime Angelegenheiten.
- Rahmenvereinbarung zwischen der französischen Entwicklungsagentur und dem chinesischen Finanzministerium.
- Zusammenarbeit im Filmwesen.

Zu den kommerziellen Abkommen, einschließlich der Absichtserklärungen über Wirtschaftsabschlüsse, zählen folgende Vereinbarungen:

1. „Procurement Contract of Railway Electric Multiple Units with Velocity of 200 km/h.
2. Notification of Contract Awarding the Project for the Purchasing High Power AC Electric Transmission Locomotive and Importing the Relative Technologies.
3. Cooperation Framework Agreement on Advanced Medium Utility Helicopter Programme between Second Group Company of China Aviation Industry Corporation and Eurocopter.
4. Memorandum of Understanding between China and France on Wheat Trade and Technology Cooperation.
5. Amendment No.1 to the A319 Purchase Agreement.
6. A330 Purchase Agreement between China Eastern Airlines Corporation Limited and Airbus SAS.
7. Letter of Content for Cooperation between First Group Company under the China Aviation Industry Corporation and Airbus SAS.
8. Agreement between China's TCL Group and French Alcatel Group on Joint Manufacturing of Handsets.
9. Memorandum of Understanding on Cooperation between Zhejiang Wangxiang Group and French Dassault Group in Electronic vehicle.
10. Qingdao Sino-French Hairun Water Supply Co. Limited Contract Amendment and Supplement.
11. Basic Clauses between China Telecom and France Telecom on Strategic Partnership Corporation.
12. Memorandum of Understanding on Business Terms between China's Computer Maker Lenovo Group Ltd. And French Computer Maker Bull Company.
13. Letter of Intent on Establishing Car Financing Company.
14. Memorandum of Understanding between French Alstom Company and Sichuan's Dongfang Electric Corporation and Harbin's Power Station Equipment Group Company on Water Pumping and Energy Conservation Project Corporation.“

Der Wert der kommerziellen Vereinbarungen soll sich auf rd. 4 Mrd. US\$ belaufen. Das größte Volumen ent-